

Politischer Jahresbericht

Mexiko, Zentralamerika und Karibik 2006/2007



Regionalbüro Mexiko, Zentralamerika und Karibik

Juli 2006-Juli 2007

Ingrid Spiller

Mitarbeit: Lina Pohl, Anna Mercedes Ruiz und Jorge Villareal

Fundación Heinrich Böll

Leitung: Ingrid Spiller

Calle José Alvarado 12

Colonia Roma Norte

CP 06700 México D.F.

T +52-55-5264 2894

ingrid.spiller@boell-latinoamerica.org.mx

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Länderbericht Mexiko	2
2. Länderbericht El Salvador.....	7
3. Länderbericht Nicaragua.....	9
4. Zentralamerika.....	12
Ausblick.....	13

Zusammenfassung

Die Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2006 haben Mexiko in eine tiefe politische Krise gestürzt. Der vor den Gerichten bestätigte, sehr knappe Sieg des konservativen Kandidaten Calderón hat die ohnehin kriselnde Demokratie Mexikos weiter geschwächt. Auch wenn die Umfragewerte für Calderón nach sieben Monaten im Amt gestiegen sind, glaubt nach wie vor mehr als ein Drittel der Bevölkerung an einen Wahlbetrug. Das Misstrauen sitzt tief gegenüber einem strukturell korrupten politischen System, in dem die Menschenrechte häufig verletzt werden. Im Kampf gegen die (Drogen-)Gewalt hat die mexikanische Regierung mit einer „Politik der harten Hand“ reagiert und das Militär mit originär polizeilichen Aufgaben betraut. Der Preis, den Regierung und Bevölkerung für diese Politik zahlen, ist eine zunehmende Straflosigkeit des Militärs bei einer wachsenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Tötung von Unschuldigen.

Die politische Entwicklung in El Salvador steht bereits unter dem Zeichen der nächsten Präsidentschaftswahlen 2009. Die schlechten Umfrageergebnisse der amtierenden Regierung aufgrund nicht erfüllter Wahlversprechen insbesondere zur Sicherheitslage im Lande lassen die Partei der ehemaligen Befreiungsbewegungen FMLN auf einen Wahlsieg hoffen. Dies wird jedoch entscheidend davon abhängen, ob es der FMLN gelingt, neue strategische Allianzen einzugehen – nicht nur mit anderen Parteien und Sektoren aus dem linken Spektrum, sondern auch mit moderaten Teilen aus der Unternehmerschaft, Intellektuellen und den Kirchen.

In Nicaragua hat der Wahlsieg Daniel Ortegas heftige Debatten innerhalb der Linken ausgelöst. Die ersten Monate der neuen Regierung zeigen bereits, dass Entwicklung und Demokratie offensichtlich als Alternativen begriffen werden. So legt die neue Regierung zwar einerseits einen Schwerpunkt auf die sozialen Rechte, insbesondere Gesundheitsversorgung und Bildung. Gleichzeitig werden jedoch die zivilen und politischen Rechte eingeschränkt. Außenpolitisch scheint sich die neue Regierung noch nicht entschieden zu haben, welchen Weg sie einschlagen will und setzt die Aufrechterhaltung der Bündnisse der Vorgängerregierung wie z.B. zu den USA und zu Taiwan fort, sucht aber gleichzeitig wieder Anschluss an alte Verbündete aus der sandinistischen Regierungszeit.

Die Entwicklung erneuerbarer Energien steht in allen Ländern mehr oder weniger weit oben auf der Tagesordnung. Während Mexiko dabei vor allem auf einen Energiemix setzt, um die sinkenden Ölreserven auszugleichen, bieten sich für die zentralamerikanischen Länder neue profitable Deviseneinnahmequellen.

1. Länderbericht Mexiko

Präsidentschaftswahlen, Krise der politischen Kultur und Korruption

Die Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2006 haben Mexiko in eine tiefe politische Krise gestürzt. Nach über zweimonatigem Tauziehen um das Wahlergebnis erklärten die sieben Richter des mexikanischen Bundeswahlgerichtes schließlich am 6. September 2006 den konservativen Kandidaten Felipe Calderón von der seit 2000 regierenden Partei der Nationalen Aktion (PAN) einstimmig zum künftigen Präsidenten. Die aufgrund des knappen Wahlausgangs von der Opposition erhobenen Manipulationsvorwürfe wurden nicht anerkannt – offiziell liegt der Sieger nur 0,58 Prozentpunkte, d.h. 233 000 Stimmen, über seinem schärfsten Konkurrenten, Andrés Manuel López Obrador (AMLO) von der linksmoderaten "Koalition zum Wohle Aller". Allerdings rügte das Gericht explizit Manipulationen und Unregelmäßigkeiten, etwa durch unberechtigte Einmischung des Ex-Präsidenten Vicente Fox in den Wahlkampf zugunsten seines Parteifreundes Calderón. Auch bescheinigten die Richter der obersten Wahlbehörde, dem Instituto Federal Electoral (IFE), deutliche Defizite bei der Stimmauszählung und der Information über das Wahlergebnis.

Damit ist der Konflikt juristisch und formal abgeschlossen. Nach offiziellem Endergebnis erhielt die PAN 35,71 % der abgegebenen Stimmen, die „Koalition zum Wohle aller“ (ein Zusammenschluss aus PRD - Partei der demokratischen Revolution, PT - Partei der Arbeit und Convergencia) 35,15 %. Die Partei der Institutionalisierten Revolution PRI – die nach über 70 Jahren Alleinherrschaft bei der Wahl 2000 erstmals Oppositionspartei wurde – erlitt eine weitere schwere Niederlage und wurde nur noch drittstärkste Kraft im Lande. Dabei befindet sie sich allerdings in einer strategisch überaus bedeutenden Position: aufgrund der Konfrontation zwischen PAN und PRD kommen ihr die entscheidenden Stimmen für alle Gesetzesinitiativen in beiden Parlamentskammern zu.

Politisch ist der Wahlkrimi aber noch lange nicht zu Ende. Umfragen zeigen, dass zwar die Umfragewerte für Calderón nach sieben Monaten im Amt gestiegen sind, aber nach wie vor zwischen 36 und 42 Prozent der Bevölkerung an einen Wahlbetrug glauben¹, was einhergeht mit einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust der unabhängigen Wahlinstitutionen. Schon 2003

¹ Zeitschrift Reforma: 36 Prozent (http://gruporeforma.reforma.com/graficoanimado/encuestas/amlo_2_julio); El Universal: 42 Prozent (<http://www.eluniversal.com.mx/graficos/paginas/elecciones-uno.htm>)

war das öffentliche Vertrauen in das IFE erschüttert worden, als die Parteien bei den Neuwahlen der Ratsmitglieder die bisherigen unabhängigen Persönlichkeiten durch parteitreue (aufgrund der Mehrheitsverhältnisse insbesondere PAN und PRI) Personen ersetzen. Bestärkt werden die Zweifel am Ausgang der Wahlen dadurch, dass weder der Wahlverlierer Lopez Obrador noch zahlreiche Linkspolitiker von der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) sowie die Juniorpartner PT und Convergencia Calderón als Präsidenten anerkennen. Unter tumultartigen Umständen trat dieser in einer fünfminütigen Zeremonie am 1. Dezember 2006 sein Amt an.



www.flickr.com/photos/15212774@N00/314162302

Kundgebung mit Oppositionsführer Andrés Manuel López Obrador

Der populäre Wahlverlierer AMLO erklärte sich zum „legitimen Präsidenten“ der Republik und bildete eine Art Schattenkabinett, die „Legitime Regierung“. Nach der Ankündigung kam es zu erheblichen Reaktionen an der Börse, obwohl dies kein einmaliger Vorgang in der mexikanischen Geschichte ist. Schon 1988 hatte die heutige Regierungspartei PAN aus Protest gegen den mutmaßlichen Wahlbetrug in den nördlichen Bundesstaaten Jalisco, Guanajuato, San Luis Potosí und Zacatecas ein Schattenkabinett einberufen. Zu den Schattenministern zählten u.a. Ex-Präsident Vicente Fox sowie der heutige Fraktionsführer der PAN im Senat, Diego Fernández de Cevallos.

AMLO hat sich – anders als ihm dies von vielen seiner Kritiker unterstellt wurde – in seinem Protest gegen die Gewalt entschieden. Er stellt nicht die Regierung und ihre Organe in Frage, sondern bezweifelt die Rechtmäßigkeit des jetzigen Präsidenten. Auf der nach dem Urteil des Bundeswahlgerichtes einberufenen Nationalen Demokratischen Konvention (CND), die mit etwa einer Million TeilnehmerInnen aus dem ganzen Land die Erwartungen um ein Vielfaches übertrafen, wurde ein allgemein gehaltenes Aktionsprogramm verabschiedet, in dem die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit an erster Stelle steht und eine profunde Erneuerung der Institutionen angestrebt wird. Die „Legitime Regierung“, die sich aus zwölf angesehenen Per-

sönlichkeiten zusammensetzt, ist mit dem Versprechen angetreten, konkrete politische Vorschläge zu erarbeiten, die im Bundesparlament, auf Ebene der Bundesstaaten sowie in den Kommunalparlamenten ihren Niederschlag finden sollen.

Ein Mitglied dieser Regierung beschreibt die Reichweite und Aufgaben des alternativen Kabinetts so: "Die Form der legitimen Regierung, die sich auf die Minimalstrukturen der CND und auf eine permanente Koordination mit der FAP („Breites Fortschrittliches Bündnis“ im Bundesparlament) beziehen kann, gestattet es uns, weiter an den Sachfragen zu arbeiten und gleichzeitig im ganzen Land präsent zu sein. Denn schließlich geht es darum, im Spiel zu bleiben und zu wachsen".

Acht Monate nach Bildung der „Legitimen Regierung“ bleibt deren Bilanz allerdings sehr gemischt. Zwar gelingt es nach wie vor, viele Menschen anzusprechen und zu den öffentlichen Kundgebungen zu mobilisieren. Auch die inzwischen über eine Million mal ausgestellten Mitgliedsausweise, für die im Rahmen einer Kampagne geworben wird, können als Zustimmung gewertet werden. Was die Entwicklung von politischen Alternativvorschlägen anbelangt, so ist das Resultat allerdings eher mager. Bislang wurden nur vier entsprechende Initiativen im ökonomischen und steuerpolitischen Bereich gestartet, die wenig Strahlkraft hatten. Der bislang letzte Versuch, die von Calderón vorgeschlagene Steuerreform vollständig abzulehnen, wird selbst in den eigenen Reihen der PRD-Abgeordneten nicht mitgetragen.

Somit bleibt fraglich, ob die Taktik aufgehen wird, „im Spiel zu bleiben und zu wachsen“. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GEA ISA Mitte November 2006 lehnten 73% die „legitime Präsidentschaft“ ab, während 22 % damit einverstanden waren. Die konservative Tageszeitung Reforma ermittelte eine Ablehnung von 45 % und eine Zustimmung von 19 %. Mitte September hatten noch 60% der Bevölkerung ein allgemein positives Bild von López Obrador.



<http://www.flickr.com/photos/67475910@N00/245580341>

AMLO-Anhänger in Mexiko-Stadt

Für die Demokratie in Mexiko bedeutet die Wahl vom Juli 2006 einen weiteren Rückschlag. 53 % der Mexikaner fühlen sich nur wenig oder gar nicht durch ihren Gesetzgeber repräsentiert.² Es

² Umfrage der Zeitung REFORMA vom 29. April 2007, veröffentlicht in der Sonntagsbeilage "ENFOQUE".

herrscht großes Misstrauen gegenüber einem strukturell korrupten politischen System, das zulässt, dass die Gesetze missachtet werden. Die Organisation Transparency International hat ermittelt, dass 43% der Mexikaner nicht an die Maßnahmen der Regierung zur Korruptionsbekämpfung glauben. Ihrer Meinung nach ist die Regierung nicht nur unfähig, diese zu kontrollieren, sondern selbst aktiv darin verwickelt. 2006 war jeder dritte Mexikaner als Täter oder Opfer in Bestechung oder Erpressung verwickelt.

In Anbetracht der Krise der Demokratie und der politischen Kultur im Land konzentriert sich die Arbeit der Stiftung darauf, für einen Wandel der politischen Kultur einzutreten. Ihre Aktivitäten zielen darauf ab, eine Bürgerschaft zu stärken, die sich aktiv für die Demokratie einsetzt. Dabei geht es nicht nur darum, die eigenen Rechte zu kennen und einzuklagen, sondern auch selbst Verpflichtungen zu übernehmen, aktiv demokratische Kontrollfunktionen auszuüben und diese nicht einfach an die Organe der repräsentativen Demokratie zu delegieren. So arbeitet die Stiftung z.B. seit mehreren Jahren – in Koordination mit der Stadtregierung von Mexiko DF – an der Verbesserung und Stärkung des Programms ‚Contraloría Ciudadana‘ (Bürgerkontrolle). Dieses Programm ermöglicht, dass inzwischen mehr als 500 Bürgerinnen und Bürger – auf der gesetzlichen Grundlage des Rechts auf Zugang zu Information – die Ausgabe von 50% der öffentlichen Mittel der Stadtregierung in den Bereichen Einkauf, Baumaßnahmen, Auftragsvergabe und Verpachtung überwachen.

Gewalt und Straflosigkeit

Die Macht der Rauschgiftkartelle fordert täglich die Fähigkeit des mexikanischen Staates heraus, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Allein zwischen Juni 2006 und Juni 2007 wurden 3,238 Personen von Mitgliedern der Rauschgiftmafia ermordet. Dieser historische Höchststand weist auf ein Problem hin, dass viele Dimensionen hat:

Die neue Welle der Gewalt hängt unmittelbar mit dem Kampf der Kartelle untereinander um Vorherrschaft und Neuaufteilung der wichtigsten Märkte und Transportwege der Drogen zusammen, d.h. die meisten Opfer sind mehr oder weniger direkt in die mafiösen Strukturen verwickelt. Aber auch Journalisten, die dazu recherchieren und darüber berichten, sind hochgradig gefährdet. Die Situation ist so ernst, dass die Organisation ‚Reporter ohne Grenzen‘ Mexiko nach dem Irak als zweitgefährlichstes Land der Welt für Journalisten einschätzt³.

Die mexikanische Regierung reagiert auf diese Gewaltwelle mit einer „Politik der harten Hand“ und hat die Streitkräfte mit den originär polizeilichen Aufgaben betraut. Begleitet wird diese

Politik mit aufwendigen Medienkampagnen, die das öffentliche Ansehen der Streitkräfte verbessern sollen, das in Folge der blutigen Niederschlagung der Studentenunruhen 1968 durch Militäreinheiten sehr angeschlagen war, sich in den letzten Jahren aber aufgrund des Einsatzes bei Naturkatastrophen wieder verbessert hatte. In Teilen der Bevölkerung ist der Einsatz des Militärs gegen den Drogenhandel durchaus populär, und auch die internationale Gemeinschaft – USA und EU - begrüßt das harte Vorgehen. Der Erfolg dieser Maßnahmen lässt jedoch auf sich warten, und das Ausmaß der Gewalt nimmt eher noch zu.

Der Preis, den Regierung und Bevölkerung für diese Politik zahlen, ist die zunehmende Straflosigkeit der Streitkräfte bei einer wachsenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Tötung von Unschuldigen. Prominentes Beispiel ist der Tod von Ernestina Ascencio, einer 73-jährigen indigenen Frau, die im Februar dieses Jahres von Soldaten brutal vergewaltigt wurde und später an den Folgen der Verletzungen starb. Als offizielle Todesursache wurde angegeben, die Frau sei an unbehandelter Gastritis gestorben. Dieser Fall wurde ganz offensichtlich vom mexikanischen Präsidenten Calderón über das Verteidigungsministerium und die Regierung des Bundesstaates Veracruz bis hin zur Nationalen Menschenrechtskommission gedeckt, um das öffentliche Ansehen des Militärs nicht zu gefährden.

Ein weiterer Fall, der die Öffentlichkeit sehr bewegt, ereignete sich am 10. Juni dieses Jahres. Soldaten erschossen in Sinaloa de Leyva an einer Straßensperre fünf Mitglieder der Familie Esparza Barraza – drei Kinder und zwei Frauen. Nach Angaben der drei Überlebenden eröffneten die Soldaten ohne Vorwarnung das Feuer und hörten auch nicht auf zu schießen, als der schwerverletzte Fahrer ihnen zurief, dass sich im Wagen nur Frauen und Kinder befänden. Die 19 beteiligten Soldaten, die wahrscheinlich unter Drogen standen oder betrunken waren, wurden zwar in Gewahrsam genommen, die Ermittlungen werden aber von militärischen Stellen geführt. Die Menschenrechtskommission von Veracruz fordert, diesen Fall an die zivile Staatsanwaltschaft zu übergeben. Die schlampige Beweisaufnahme im Ermittlungsverfahren lässt befürchten, dass ein weiteres Mal eine echte Aufklärung verhindert wird und die beteiligten Soldaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden.⁴

Die Straflosigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen erstreckt sich nicht nur auf Vergehen von Soldaten im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Drogenhandel, sondern auch auf Menschenrechtsverletzungen, die von Sicherheitskräften beim Einsatz in sozialen und politischen Brennpunkten begangen werden. Der nordamerikanische Fotograf Brad Will von der unabhängigen Organisation Indymedia wurde am 27. Oktober in Oaxaca erschossen, als er bei einer Protestdemonstration fotografierte, die sich gegen die zunehmende staatliche Repression gegen die Asamblea Popular de los Pueblos de

³ Im Jahr 2006 wurden neun JournalistInnen ermordet und drei werden vermisst. Siehe Jahresbericht Amerika 2007 der Organisation Reporter ohne Grenzen.

⁴ Proceso vom 10.6.2007

Oaxaca (APPO) richtete. An seiner Erschießung waren Mitglieder der lokalen Polizei beteiligt, die zwar kurzzeitig in Gewahrsam genommen, doch schon bald ohne weitere Untersuchungen wieder freigelassen wurden.

Die nationale Menschenrechtskommission spielt bei allen diesen Fällen keine überzeugende Rolle. Sie trägt eher dazu bei, die offizielle Lesart zu unterstützen und die Vorfälle auf sich beruhen zu lassen, als sich für ihre Aufklärung einzusetzen.

Der Chor der KritikerInnen an der Kriegsstrategie gegen die Drogenmafia wird immer lauter. Es mehren sich die Stimmen, die bezweifeln, dass ein solcher Kampf überhaupt zu gewinnen sei, und dass eine Exit-Strategie fehle. Der renommierte mexikanische Wissenschaftler und Analyst Lorenzo Meyer spricht sich nicht prinzipiell gegen den Einsatz des Militärs im Drogenkrieg aus, warnt aber vor einer schleichenden und dauerhaften Militarisierung. Deshalb fordert er, die Ziele jenseits von politischer Propaganda realistisch und eindeutig zu bestimmen, und so den Zeitpunkt des Rückzugs der Soldaten in die Kasernen zu definieren. Andere zivilgesellschaftliche Akteure, wie z.B. die Menschenrechtsorganisation Centro Prodh, stellen die Strategie Calderóns gegen die Drogenkartelle gänzlich in Frage. Sie halten diese Politik für ineffizient und die Menschenrechte in Mexiko ernsthaft gefährdend. „Sechs Monate nach unserem ersten Statement sind unsere Bedenken Realität geworden: Die Gewalt im Land nimmt zu, der Drogenstrom an der Grenze zwischen den USA und Mexiko geht ungestört weiter, und das militärische Personal hat einige sehr schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. In dem Maße wie der Anblick schwer bewaffneter Militärkonvoys und Schiessereien zwischen Polizeikräften und Mafia alltäglicher werden, wird das mexikanische Land immer mehr zu einem Kriegsgebiet. Deshalb (...) bedeutet die Politik der gegenwärtigen Regierung ein Risiko für den Schutz und die Achtung der Menschenrechte.“⁵

Die Stiftung arbeitet mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Centro Prodh u.a. zusammen, die sich auf unterschiedliche Art und Weise für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Achtung der Menschenrechte einsetzen.

Die Legalisierung der Abtreibung in Mexico-Stadt

In den ersten Monaten dieses Jahres tobte in Mexiko eine sehr heftige und kontroverse Debatte über eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetze. Die Minderheitenpartei „Partido Alternativa Socialdemócrata“ (PAS) hatte im Abgeordnetenhaus von Mexico-Stadt eine entsprechende Gesetzesinitiative eingebracht⁶, die unter anderem eine Lockerung der Bestimmungen

⁵ Centro Prodh, International Alert 13 July 2007

⁶ Las causales ya aprobadas para abortar son: por violación, por aborto imprudencial, por que el feto represente un grave daño a la salud de la mujer, por malformación genética del feto y por obstrucción del proyecto de vida.

zur Abtreibung bis zur 12. Woche erlauben sollte. Grundlage dieser Initiative waren offizielle Statistiken, nach denen illegale Abtreibungen die vierthäufigste Todesursache von Frauen im gebärfähigen Alter sind⁷. Die Gesetzesinitiative der PAS wurde schließlich am 24. April mit den Stimmen eines breiten Mitte-Links-Bündnisses aus PAS, PRD, PRI und PT verabschiedet. Die Abgeordneten der Grünen Partei (PVEM) und der Partei Neue Allianz (PANAL) enthielten sich der Stimme, die PAN stimmte gegen den Entwurf.



<http://www.flickr.com/photos/86642629@N00/502294226>

Abtreibungsgegner in Mexico-Stadt

Die Debatte hatte sich längst über den aktuellen Anlass hinaus zu einem nationalen Streit ausgeweitet, der nur zum Teil etwas mit dem Thema zu tun hatte, und sich vor allem auf dem Hintergrund der vorausgegangenen Präsidentschaftswahlen erklären lässt. Im Wesentlichen ging es um die politische Konfrontation des Bündnisses zwischen PAN und Klerus gegen die PRD. Es ist zu vermuten, dass so mancher Abgeordneter gegen seine Überzeugung für die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes gestimmt hat (das gilt sicherlich auch umgekehrt für die andere Seite), um das eigene politische Projekt zu stärken. Obwohl das Gesetz auf den Hauptstadtdistrikt begrenzt ist und damit in die Zuständigkeit des lokalen Parlaments fällt, mischte sich auch die nationale Regierung in die Diskussion ein und sprach sich gegen die Liberalisierung der Abtreibung aus. Generalstaatsanwaltschaft und die nationale Menschenrechtskommission erwägen sogar eine Verfassungsklage.

Die katholische Kirche nahm in dieser Debatte die radikalsten Positionen ein, indem sie unter anderem forderte, diejenigen Abgeordneten, die für das Gesetz gestimmt haben, sowie diejenigen, die eine Abtreibung vornehmen, zu exkommunizieren. Bei dem Versuch, mit allen Mitteln die Gesetzesinitiative zu verhindern, schaltete sie auch den Vatikan ein. Der Papst hatte sich im Vorfeld der Abstimmung dazu geäußert, dass das „Recht auf Leben“ unantastbar sei und damit über allem, also auch über den Rechten von Frauen stehe.

⁷ Consejo Nacional de Población, en Web www.conapo.gob.mx/00cifras/00indicadores.htm

Unterstützung erhielten die Befürworter der Abtreibungsliberalisierung u. a. von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen. Sie spielten in der öffentlichen Debatte eine bedeutende Rolle, indem sie immer wieder die Rechte von Frauen thematisierten und auf die Ursprünge der Gesetzesinitiative hinwiesen - die hohe Todesrate von Frauen durch illegale Abtreibungen. Besonders erobost reagierten die Organisationen auf die Parteinahme des Vorsitzenden der nationalen Menschenrechtskommission, José Luis Soberanes, gegen die Gesetzesliberalisierung, der damit als bekanntest Opus Dei Mitglied ein weiteres Mal die Institution für die Ziele der katholischen Kirche missbraucht.

Klimawandel und Biotreibstoffe

Im April 2007 einigte sich die Abgeordnetenversammlung mehrheitlich auf einen Gesetzesentwurf zur Förderung und Entwicklung von Biotreibstoffen. Zwar werden im Laufe des komplexen mexikanischen Gesetzgebungsverfahrens noch einige Modifikationen vorgenommen werden, doch schon jetzt ist klar, dass das Gesetz nicht so breit diskutiert wurde, wie dies in Anbetracht der möglichen Implikationen sinnvoll gewesen wäre. Auf eine grundlegende Analyse über mögliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft wurde ebenso verzichtet wie auf genauere Erkenntnisse darüber, welchen realen Beitrag dieses Gesetz zur Verringerung des Schadstoffausstoßes und damit zur Verringerung der globalen Erwärmung leisten kann.

Auch in der Zivilgesellschaft steht die Debatte über den Beitrag von Biotreibstoffen zur Reduzierung des Klimawandels noch am Anfang. Erst langsam artikulieren Umweltgruppen wie Greenpeace Mexico oder CEMDA (Centro Mexicano de Derecho Ambiental) ihre Position und fordern, den Anbau von Mais aus dem Gesetzesentwurf zu streichen und Nachhaltigkeitskriterien für den Anbau von Biotreibstoffen zu formulieren.

Parallel zu der Gesetzesinitiative hat die mexikanische Regierung eine „Nationale Strategie gegen den Klimawandel“ erarbeitet und veröffentlicht. Die Förderung und Entwicklung von Biotreibstoffen wird darin als strategisch wichtiges Element benannt. Diese Einschätzung bekräftigte der mexikanische Präsident auf dem um die fünf Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika erweiterten G-8 Gipfel in Heiligendamm mit dem Argument, dass diese Energietechnologie einen der wichtigsten Beiträge darstelle, den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu diversifizieren und die globale Klimaerwärmung zu verlangsamen.

Auch wenn Biokraftstoffe unbestreitbar eine der möglichen Alternativen darstellen, Mexikos einseitige Ausrichtung auf den Verbrauch von Erdöl zu diversifizieren und auf weniger kontaminierende Energiequellen umzustellen, so bringt die Entwicklung dieser Technologie doch einige Widersprüche und gesellschaftliche Probleme mit sich, wie beispielsweise die enormen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, nachdem die Maispreise durch die Bioethanolproduktion rasant stiegen. Die Diskussion

über die positiven Folgen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss mit Blick auf die Endverbraucher in Anbetracht einer fehlenden staatlichen Ausgleichspolitik relativiert werden. So stieg der internationale Maispreis z.B. zwischen September 2006 und Januar 2007 von 103 USD/Tonne auf 157 USD/Tonne. Hauptursache für diesen Preisanstieg war die aufgrund der Ethanolproduktion gestiegene Nachfrage aus den USA – von 40 Millionen Tonnen im Jahr 2005 auf 55 Millionen in 2006. In Mexiko stiegen die Maispreise im gleichen Zeitraum um 41,6 % (10mal mehr als der Mindestlohn)⁸. Die Tortillapreise erreichten ungeahnte Höhen, was eine schwere soziale Krise auslöste. Es gab keine flankierenden politischen Maßnahmen, die verhindert hätten, dass der Mais dem heimischen Markt entzogen wurde. Da Tortillas das mexikanische Grundnahrungsmittel schlechthin sind, trafen die Preissteigerungen insbesondere die sozial schwachen Bevölkerungsteile.



<http://www.flickr.com/photos/88122161@N00/457179299>

Tortillas: Unbezahlbares Grundnahrungsmittel

Solche Fragen, die über die unmittelbare Energieproduktion hinausgehen, werden bislang jedoch nicht berücksichtigt. Die mexikanische Politik zur Förderung von Biotreibstoffen orientiert sich nur an Überlegungen zur Diversifizierung des Energiemixes für den Eigenverbrauch und den Export. Zumindest auf dem Papier spielt dabei auch die Sorge um den Klimawandel eine wichtige Rolle. Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass führende Wissenschaftler inzwischen den absoluten Beitrag von Biotreibstoffen zur Reduzierung von Treibhausgasen relativieren. Wichtiger für die neue Politik dürfte die Tatsache sein, dass Mexiko nach jahrelangem Anstieg 2004 den Höhepunkt der Ölförderung erreicht hat. Auch wenn genauere Prognosen über die Ölreserven fast unmöglich sind, sind sich die Wissenschaftler weitgehend einig, dass die Produktion in den kommenden Jahren stetig zurückgehen wird.⁹

⁸ QUINTANA, Víctor. Crisis de la tortilla en México. http://www.recalca.org.co/AAtlcemexico/crisis_tortilla_220207.htm
⁹ Baker, George (2006): pemex una industria petrolera no sustentabl. http://www.energiaadebate.com.mx/Articulos/febrero_2006/george_bater.htm

2. Länderbericht El Salvador

Gewalt und Straflosigkeit

Eines der Wahlversprechen des salvadorianischen Präsidenten Elías Antonio Saca lautete, El Salvador zu einem sicheren Land zu machen. Drei Jahre nach Regierungsantritt ist er weit davon entfernt, dieses Versprechen einzulösen. 50 Prozent der Bevölkerung glauben sogar, dass die Kriminalität in dieser Zeit noch zugenommen hat, wie sich aus einer Ende April 2007 landesweit durchgeführten Meinungsumfrage der Universidad Centroamericana UCA10 ergibt. Danach bildet die hohe Kriminalität (an zweiter Stelle folgt mit einigem Abstand die schwierige ökonomische Situation mit den Themen Arbeitslosigkeit und Dollarisierung) eine wesentliche Ursache der Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung.¹¹ Diese subjektive Wahrnehmung wird durch offizielle Statistiken belegt. Nach dreijähriger Regierungszeit beläuft sich die traurige Bilanz am 1. Juni dieses Jahres auf 10.000 Morde, was einer Rate von 56 Ermordeten auf 100.000 Einwohner entspricht. Damit ist El Salvador zum gefährlichsten und gewalttätigsten Land Lateinamerikas aufgerückt. Bereits im Jahr 2006 wurden 18,6 Prozent der Menschen Opfer von Gewalt, in der ersten Jahreshälfte 2007 ist diese Quote auf 20 Prozent angestiegen.

Nach einer am 8. Juni 2007 veröffentlichten Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen kommen nur etwa 14% der registrierten Mordfälle überhaupt zur Anklage, und lediglich in knapp 4 % der Fälle kommt es zu einer Verurteilung.¹² Als Hauptursache für die geringe Aufklärungs- und Verurteilungsrate benennt der Bericht große Defizite in der Arbeit von Generalstaatsanwaltschaft und Polizei (Policía Nacional Civil). Die salvadorenische Regierung legte scharfen Protest gegen die Veröffentlichung des Berichtes ein, die ohne ihre Zustimmung erfolgt war. Kurze Zeit später wurde die zuständige und offensichtlich noch unerfahrene UNDP-Mitarbeiterin in ein anderes Land versetzt.

Auch das US-State Department bescheinigt El Salvador in dem jährlichen Länderreport¹³ Straflosigkeit und Korruption bei einem hohen Gewaltniveau, inklusive Bandenkriminalität. Als

10 Boletín de prensa, Año XXII, No. 1. "Los salvadoreños y salvadoreñas evalúan el tercer año de gobierno de Antonio Saca". Instituto Universitario de Opinión Pública IUDOP, UCA Junio 2007

11 In derselben Umfrage wird die Arbeit der Regierung auf einer Skala von 1 – 10 (beste Benotung) nur noch mit einer Durchschnittsnote von 5,71 bewertet (2004 war es noch 7,27

12

http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20070611/noticias1_20070611.asp

13 El Salvador: Country Reports on Human Rights Practices - 2006

Released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor March 6, 2007

bedeutende Menschenrechtsverletzungen werden u.a. harte und von Gewalt geprägte Haftbedingungen aufgrund von überfüllten Gefängnissen angegeben, zu lange Untersuchungshaftzeiten sowie Ineffizienz und Korruption im Justizapparat.

Nach dem von Transparency International erhobenen Korruptionsindex (IPC) nimmt El Salvador den 57. Rang auf einer Liste von insgesamt 163 Ländern ein. Auf einer Skala von 1 (höchster) bis 10 (niedrigster Grad an Korruption) liegt das Land bei einem sehr bedenklichen Korruptionsgrad von 4,0.

Auch wenn El Salvador sich damit im Vergleich zum vorherigen Ranking um sechs Plätze verbessern konnte, bleibt der Eindruck, dass die aktuelle Regierung Fortschritte in Bezug auf Transparenz und beim Kampf gegen Korruption blockiert. Schwachen Institutionen auf der einen Seite steht die Verbindung von Regierungsfunktionären zu Machtzirkeln bis hin zur direkten Beteiligung an kriminellen Machenschaften gegenüber. So ist z.B. der inzwischen flüchtige Abgeordnete Roberto Carlos Silva Pereira wegen Geldwäsche angeklagt. Er soll Tausende von Dollar über Projekte in 21 Bürgermeisterämtern (die von verschiedenen Parteien geführt werden) „gewaschen“ haben. Der ehemalige Direktor der nationalen Wasserbetriebe ist wegen unlauterer Bereicherung verurteilt worden. Der oberste Gerichtshof hat Untersuchungen gegen Ex-Funktionäre der letzten Regierung von Francisco Flores aufgenommen. Auch hier geht es um unlautere Geldgeschäfte. Und schließlich stehen Korruptionsvorwürfe des Parlaments gegen zwei Minister im Raum.¹⁴

Ähnlich wie in Mexiko konzentriert sich die Arbeit der Stiftung in Anbetracht der Krise der Demokratie und Politik im Land darauf, für einen Wandel der politischen Kultur einzutreten. Auch hier zielen die Aktivitäten darauf ab, eine Bürgerschaft zu stärken, die sich aktiv für die Demokratie und für die Gemeinschaftsgüter einsetzt. Es wurden erste Schritte unternommen, gemeinsam mit einem Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie mit Bürgermeisterin und Stadtverwaltung von San Salvador ein System zivilgesellschaftlicher Kontrolle zu institutionalisieren. Hier gibt es einen engen Erfahrungsaustausch mit dem Programm der Contraloría Ciudadana von Mexiko Stadt.

Politische Polarisierung und Präsidentschaftswahlen 2009

Die Partei der ehemaligen Befreiungsbewegungen "Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional" (FMLN) konnte sich inzwischen als zweitstärkste politische Kraft im Land positionieren. Bei den letzten Wahlen auf Bundes- und Lokalebene gewann die FMLN 32 Abgeordnetensitze und war damit der jetzigen Regierungspartei Partido Alianza Republicana Nacionalista (ARENA) mit 34 Sitzen nur knapp unterlegen. (Die Abgeordnetenkammer umfasst insgesamt 84 Sitze.) Bei der Wahl

14 U.a. nachzulesen im gerade veröffentlichten Menschenrechtsbericht verschiedener zentralamerikanischer Menschenrechtsorganisationen "Centroamérica 2005-2006 desde una perspectiva de derechos humanos" o.A.

zum zentralamerikanischen Parlament haben die beiden Parteien mit je 8 Sitzen gleich stark abgeschnitten. In der Hauptstadt stellt die FMLN bereits zum dritten Mal in Folge die lokale Regierung.

Sie rechnet sich bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Chancen auf einen Sieg aus, nicht zuletzt deshalb, weil sich durch den Tod des legendären und einflussreichen Führers Shafick Handal, Mitglied der Kommunistischen Partei und Teil des orthodoxen Flügels der FMLN Möglichkeiten für neue strategische Allianzen eröffnet haben - nicht nur mit anderen Parteien und Sektoren aus dem linken Spektrum, sondern auch mit moderaten Teilen aus der Unternehmerschaft, Intellektuellen und den Kirchen. Die FMLN profitiert dabei von der wachsenden Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung und den sich mehrenden Fällen von Korruption. Die Wahl des künftigen Präsidentschaftskandidaten wird maßgeblich dafür sein, ob es gelingt, die gesellschaftliche Basis zu verbreitern und so eine gute Ausgangsbasis für die kommenden Wahlen zu schaffen. Die besten Chancen hat dabei offensichtlich Mauricio Funes, ein unabhängiger Journalist mit hohem gesellschaftlichem Ansehen, insbesondere in Teilen der Unternehmerschaft.

Hinzu kommt ein gewisser „Abnutzungseffekt“ nach 20 Regierungsjahren von ARENA, die ihre wichtigsten Wahlversprechen – Senkung der Kriminalitätsrate und ökonomisches Wachstum – nicht einhalten konnte. El Salvador wird nach den offiziellen Daten auch weiterhin eine negative Wirtschaftsbilanz haben. Der Zentralbank zufolge exportierte das Land im Februar 2007 Waren im Wert von 622 Millionen Dollar, die Importe betragen 1,272 Millionen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung lagen bei 40 Prozent. Als Folge der wirtschaftlichen Misere migrieren viele Salvadorianer ins Ausland, insbesondere in die USA. Die Regierung gibt an, dass jeden Tag etwa 500-700 Bewohner das Land verlassen. Zur Zeit leben etwa 3.1 Millionen Salvadorianer im Ausland, was einem knappen Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht. Nicht nur viele Familien, sondern auch die Gesamtwirtschaft hängen von den ‘Remesas’, den Überweisungen der Migranten, ab. Sie sind von etwa 750 Millionen USD im Jahr 1993 auf fast 3 Mrd. USD im Jahr 2005 gestiegen und machen damit inzwischen etwa 70 % der Deviseneinnahmen aus, während die Einnahmen aus landwirtschaftlichen Exportgütern 5% entsprechen. (Zum Vergleich 1978: Remesas 8%, landwirtschaftliche Exportgüter 81%)

Wenn die Linke es schafft, aus diesen Entwicklungen Kapital zu schlagen, kann sie für ARENA zum ernsthaften Herausforderer bei den Wahlen 2009 werden. Eine fünfte Niederlage in Folge hingegen birgt das Risiko, dass sich die FMLN in internen Prozessen aufreibt und ihre Zukunft als wichtigste Oppositionskraft in Frage gestellt wird. Ein Wahlsieg des rechten Lagers könnte zudem eine Zunahme des autoritäreren Regierungsstil bedeuten und Rückschritte im begonnenen Demokratisierungsprozess mit sich bringen.

Nach langen Jahren der politischen Polarisierung und des daraus resultierenden gesellschaftlichen Stillstandes im Land besteht eine der Herausforderungen darin, die Spaltung und Lähmung der salvadorianischen Gesellschaft zu überwinden. In dieser Zweiteilung gab es keinen Platz für andere politische Gruppierungen, die für eine Annäherung der beiden Lager sorgen könnten. Die Stiftung unterstützt deshalb neue demokratische Kräfte wie die jüngst gegründeten Partei "Frente Democratico Revolucionario" (FDR) mit dem Ziel, eine dritte politische Kraft zu schaffen. Ausserdem hat die Stiftung in den letzten Jahren Debattenräume insbesondere zu Themen der politischen Ökologie und Nachhaltigkeit angeboten, um die Bündnisfähigkeit des linken politischen Lagers zu verbessern – insbesondere die FMLN hatte hier unter ihrer alten Führung sehr orthodoxe Positionen eingenommen.

3. Länderbericht Nicaragua

Wahlen und die Krise der politischen Kultur

Am 5. November 2006 fanden in Nicaragua Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. 16 Jahre nach seiner Abwahl als sandinistischer Staatschef gewann Daniel Ortega nach viermaligem Anlauf erneut das Präsidentenamt. Das Ergebnis war eindeutig: Mit 37,99 Prozent der Stimmen lag er klar vor seinen Konkurrenten, dem konservativen Eduardo Montealegre von der Liberalen Allianz Nicaraguas (ALN) mit 28,3 Prozent und José Rizo von der bislang regierenden Liberalen Verfassungspartei (PLC) mit 27,11 Prozent der Stimmen. Abgeschlagen auf dem vierten Platz landete Edmundo Jarquín von der Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS) mit 6,29 Prozent.



<http://www.flickr.com/photos/22898994@N00/518665363>

Präsident Ortega: Für Armutsbekämpfung, gegen Abtreibung

Dennoch war es der niedrigste Stimmenanteil, den ein nicaraguanischer Präsident in den letzten 20 Jahren erhalten hat. Ortega konnte nur aufgrund eines „Paktes“ siegen, den er mit dem ehemaligen Präsidenten Arnoldo Alemán (PLC) geschlossen hatte. Die beiden hatten sich 1999, während der Regierungszeit Alemáns, die Kontrolle zentraler Instanzen gesichert: des Rechnungshofes, des Obersten Gerichtshofes und des Obersten Wahlrats. Ortega konnte somit, dank der selbstgeschneiderten Verfassungsreform und Wahlgesetzänderungen, direkt das oberste Staatsamt übernehmen, da ein Stimmanteil von 35 Prozent (vor der Reform waren es 45 Prozent) bei fünf Prozent Vorsprung vor dem zweitstärksten Kandidaten genügen, um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Die ersten Monate seiner Präsidentschaft scheinen zu bestätigen, was das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP über den Zustand der Demokratie in Lateinamerika vorausgesagt hatte. In dem Bericht wird auf die Gefahren hingewiesen, denen sich die brüchigen Demokratien Lateinamerikas ausgesetzt sehen. „Der Kern des Problems besteht darin, dass, obwohl sich die Demokratie in Lateinamerika ausgebreitet hat,

diese nicht tief verankert ist.“¹⁵ Deshalb, so der Bericht, liegt der Anteil der Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen, die eine demokratische Regierung für sozio-ökonomischen Fortschritt opfern würden, bei mehr als 50 Prozent.

Viele Analysten in Nicaragua schätzen die Regierung von Daniel Ortega als eine Regierung mit klientelistischem und assistenzialistischem Zuschnitt ein, die schnelle und sehr konkrete Maßnahmen für die zahlreichen und offensichtlichen Armutspänomene im Land ergreift. Nach Einschätzung des in Kanada lebenden und lehrenden nicaraguanischen Wissenschaftlers Andrés Pérez Baltodano wird „Nicaragua in den nächsten fünf Jahren eine Dynamik erleben, die sich aus der Kombination von zwei Arten von Pragmatismus ergibt: dem aus der Gier nach Macht gespeisten der FSLN und dem der Armen, die alles akzeptieren würden, um aus ihrer Misere herauszukommen.“¹⁶

Eine der bedeutendsten und zugleich problematischsten Entscheidungen der Regierung Ortega war die Ernennung und Verteidigung des 81-jährigen katholischen Kardinals Miguel Obando y Bravo als Präsident der staatlichen Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden. Dies wird als sichtbarer Beweis dafür gewertet, dass in Nicaragua nun „ein anderer Wind weht“.¹⁷ Die Ernennung des Kardinals kam nicht überraschend. Ortega verlor die Wahlen von 1990 gegen eine konservative Koalition unter Führung von Violeta Barrios. Seit dieser Zeit hat der Ex-Guerillero aus der Opposition heraus an einem komplexen Geflecht politischer Allianzen gearbeitet, in das auch diejenigen einbezogen wurden, die zu Zeiten des Bürgerkriegs zu seinen Feinden gehörten, wie Repräsentanten der Somoza-Diktatur oder der mächtige Kardinal Miguel Obando y Bravo. Als Präsident der Wahrheitskommission wird er ohne Bezüge arbeiten und, wie Daniel Ortega es ausdrückt, ermöglichen, dass „die Wahrheit von der Erde strahlt und die Gerechtigkeit vom Himmel“.

Mit dem von Ortega unterzeichneten Dekret wird offiziell eine para-staatliche Kommission gegründet mit dem Ziel, sich der Forderungen der ungefähr 300.000 demobilisierten Streitkräfte anzunehmen – sowohl ehemalige Regierungssoldaten als auch Mitglieder der ehemaligen Contra, die in den 80er Jahren gegeneinander gekämpft hatten. Präsident Ortega versicherte, dass man sich „nach 16 Jahren, die beide Seiten warten mussten“, nun endlich um ihre Forderungen kümmern werde – dabei handelt es sich insbesondere um Forderungen nach landwirtschaftlichen Parzellen. Die Ankündigungen der sandinistischen Füh-

¹⁵ „La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanos y ciudadanas“. Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo, 2004 (Übersetzung I.S.)

¹⁶ Andrés Pérez Baltodano: "Los sin sentidos y las falacias que debemos enfrentar". Semanario Confidencial, año 10 • Edición No. 534 • del 13 al 19 de Mayo de 2007.

¹⁷ Ortega und Obando waren in den 80er Jahren zu Zeiten der sandinistischen Regierung erklärte Feinde

rung vom 1. Mai dieses Jahres weisen allerdings auf einige Widersprüche in der Regierungspolitik hin. So erkennt Präsident Ortega z.B. die Landbesetzungen als rechtmäßig an, die sich während der vorangegangenen „neoliberalen“ Regierungen ereignet haben. Die jüngsten Besetzungen während seiner Regierungszeit werden allerdings nicht akzeptiert. „Bei Besetzungen, die heute vorgenommen werden, muss die Polizei handeln, unabhängig davon, wem das Land gehört! Es macht keinen Unterschied, ob es sich dabei um einen Großgrundbesitzer handelt oder um einen Kleinbauern ...das Eigentum darf nicht angegriffen werden.“¹⁸

Der Preis des Paktes mit der katholischen Kirche bestand u. a. darin, dass mit den Stimmen der Sandinisten auch der therapeutische Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt wurde. Mit den Stimmen von 26 sandinistischen Abgeordneten (unter ihnen 10 Frauen), 33 Abgeordneten der Liberalen Partei und 26 Abwesenden wurde das Gesetz am 26. Oktober 2006 verabschiedet. Hunderte von Frauen hatten vor der Abstimmung vor der Nationalversammlung mit den Worten protestiert: „Abgeordneter: wenn Du mein Leben nicht respektierst, gehorchen wir Deinem Gesetz nicht“. Auch aus dem Ausland gab es zahlreiche Kritik an dem Gesetzesvorhaben, wie z.B. aus der Europäischen Union, von der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Interamerikanischen Gesundheitsorganisation, dem Weltbevölkerungsfonds, von UNICEF, UNDP, sowie von zahlreichen Menschenrechts- und Frauenorganisationen.

Nach Auskunft verschiedener Organisationen starben bis zum Mai 2007 bereits 44 Frauen in der Schwangerschaft aufgrund des neuen Gesetzes. Andere Quellen schätzen, dass die Todesrate bei Schwangeren im Vergleich zum Vorjahr um 30 % angestiegen ist. Genaue statistische Angaben konnten bislang jedoch nicht ermittelt werden, da die Regierung den Zugang zu diesen Daten verweigert.¹⁹

Für die unabhängige Frauenbewegung Nicaraguas bedeutet der Wahlsieg Ortegas und der sandinistischen Partei den „Beginn einer sehr schwierigen, neuen Runde des Kampfes für unsere Rechte angesichts eines Regimes, das verspricht, noch autoritärer und klerikaler zu werden.“ Aus Sicht der Frauenbewegung kann sich das Land nur entwickeln, wenn demokratische Institutionen aufgebaut werden, ein laizistischer Staat errichtet wird, politische Maßnahmen für Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit ergriffen werden, und eine Bevölkerungspolitik betrieben wird, die die Bedürfnisse und sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen berücksichtigt. Die Frauen beobachten mit großer Sorge, dass die Politik der neuen Regierung in dieser Hinsicht eher ein Rollback bedeutet. Die nicaraguanische Menschenrechtsorganisation CENIDH befürchtet, dass sich Nicaragua zu einem konfessionellen katholischen

Staat entwickelt, eine Tendenz, die sich schon in den Vorgängerregierungen angedeutet hatte, und die mit der neuen Regierung von Daniel Ortega nun aufgegriffen und verstärkt wird.

Sozialpolitik

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat die Regierung Ortegas erste schnelle Maßnahmen im sozialpolitischen Bereich ergriffen, um Zeichen für einen Politikwechsel zu setzen. Die Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen ist allerdings nicht unbedingt gesichert. So kündigte Erziehungsminister Miguel de Castilla an, das Schulgeld abzuschaffen, um 550.000 Kindern, die bislang nicht zur Schule gehen konnten, in diesem Jahr den Schulbesuch zu ermöglichen. Dies führte zu einer „Explosion von Einschreibungen“²⁰. Allerdings wird nach offiziellen Angaben aus dem Erziehungsbereich das 2007 zur Verfügung stehende Budget von 192 Millionen USD für die Verbesserung der schulischen Infrastruktur und für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften nicht ausreichen, um die um 30% gestiegenen Einschreibungen auszugleichen.²¹

Gesundheitsministerin Maritza Quant schaffte in den staatlichen Krankenhäusern die privaten medizinischen Leistungen ab, die für die öffentliche Gesundheitsversorgung bestimmte - Kapazitäten und Ressourcen reduzieren. Das nach privaten und öffentlichen Leistungen differenzierte Krankenhaussystem war nach dem Machtverlust der sandinistischen Revolutionsregierung vor 16 Jahren eingeführt worden und von zivilgesellschaftlichen Organisationen als eine Form der Privatisierung des Gesundheitssystems kritisiert worden. Als weitere populäre Maßnahme der neuen sandinistischen Regierung wurde die Kostenbeteiligung an Medikamenten, Untersuchungen, Operationen etc. in den staatlichen Gesundheitseinrichtungen abgeschafft.

Auch die Buspreise in der Hauptstadt wurden gesenkt. Ermöglicht wird diese Politik durch verbilligte venezolanische Öllieferungen für Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs. Nach Angaben der nicaraguanischen Regierung spart die Bevölkerung dadurch 800 Millionen Cordobas (44 Millionen Dollar).

Am 5. Mai 2007 schließlich verkündete die Regierung das Pilotprogramm „Null Hunger“ für eine abgelegene Region an der honduranischen Grenze. Damit sollen 75.000 Familien in einem Zeitraum von 5 Jahren der Armut entkommen. Das Programm kostet 150 Millionen USD und sieht vor, dass die Familien zwischen 2007 und 2012 jeweils im Gegenwert von insgesamt 2.000 USD ein Hilfspaket erhalten, das eine Kuh, ein trächtiges Schwein, Geflügel (fünf Hühner und einen Hahn), Samen, Setzlinge, einen rückzahlbaren Kredit, sowie einfaches landwirtschaftliches Gerät beinhaltet. Die Familien müssen 20% des Wertes an einen ländlichen Fonds zurückzahlen, mit dem der Fortbestand des Programms gesichert werden soll. Dieser Fonds

¹⁸ Rede zum 1. Mai 2007, Übersetzung I.S.

¹⁹ Zeitschrift Envío Nr. 296, Nov. 2006 und verschiedenen Gespräche der hbs mit Fraüenorganisationen in Nicaragua im Mai 2007

²⁰ www.mined.ni Enero 8 2007

²¹ La Prensa, 18. Januar 2007

wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Mitgliedern der betroffenen Gemeinden verwaltet. Schon wenige Tage nach der Vorstellung des Programms musste der Koordinator des Programms Null Hunger, Gustavo Moreno, allerdings einräumen, dass noch nicht einmal die Finanzierung für dieses Jahr gesichert ist, ganz zu schweigen von den Kosten für eine Ausweitung des Programms auf ganz Nicaragua.²²

Korruption lässt sich nicht verbergen

Schon nach wenigen Monaten im Amt ist die sandinistische Regierung mit schweren Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Nach den Recherchen des Fernsehjournalisten Carlos Fernando Chamorro von „Esta Semana“ sind Regierungsvertreter bis hin zur Parteispitze darin verwickelt. Der nicaraguanische Konsul in Liberia, Gerardo Miranda und Funktionäre der FSLN-Parteizentrale stehen im Verdacht, ein einflussreiches Netzwerk aufgebaut und Bestechungsgelder in Millionenhöhe kassiert zu haben. Entsprechend groß ist der Skandal. Während Präsident Ortega aber in den vorausgegangenen Monaten nicht gezögert hatte, auf einen Schlag drei Minister ihres Amtes zu entheben, weil sie im Verdacht standen, sich abweichend zum offiziellen Regierungsdiskurs geäußert zu haben²³, hüllt er sich im aktuellen Fall in Schweigen. Stattdessen haben es die regierungsnahen Medien übernommen, eine Einschüchterungskampagne mit böartigen Angriffen gegen den Journalisten zu starten, der den Skandal ans Licht brachte.

Auch die Machtanhäufung von Ortegas Ehefrau Rosario Murillo gehört zu den von der Öffentlichkeit stark hinterfragten Entscheidungen seiner Amtszeit und ist gleichzeitig Gegenstand vieler Witze in der Bevölkerung. Ihre vielen Ämter und Befugnisse im Staatsapparat rufen nicht nur Kritik in Bezug auf Nepotismus größten Ausmaßes hervor, sondern verstoßen auch gegen gesetzliche Regelungen zur Verhinderung von Korruption.

Außenbeziehungen: Sowohl als auch?

In der Außenpolitik der neuen nicaraguanischen Regierung lässt sich keine klare Linie erkennen. Ortega hat sich dafür entschieden, gute Beziehungen mit Washington aufrecht zu erhalten, geht aber gleichzeitig ein Bündnis mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez ein. Ein Beispiel für dieses „Sowohl als Auch“ ist das Festhalten am Freihandelsvertrag zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA (CAFTA) und parallel dazu der Eintritt in die Bolivarianische

Alternative für Amerika (ALBA), der bereits Venezuela, Bolivien und Kuba angehören.

Ebenso hält Ortega die Beziehungen zu Taiwan aufrecht, während gleichzeitig die Möglichkeit offen gehalten wird, die Beziehungen zur Volksrepublik China wiederzubeleben. Auf seiner ersten längeren Auslandsreise im Juni dieses Jahres hat Ortega gemeinsam mit seiner Frau Rosario Murillo mit Algerien, Libyen, Kuba und dem Iran alte Verbündete aus der Zeit der sandinistischen Revolution mit dem Ziel besucht, die politischen Beziehungen wieder herzustellen. Kritikern im eigenen Land, die u. a. die hohen Kosten für die Weltreise bei fragwürdigem politischen Nutzen bemängelten, wurde entgegengehalten, dass die Reise den nicaraguanischen Staat kein Geld gekostet hat, weil sie vom libyschen Staatschef gesponsert wurde.²⁴

Auch aus Venezuela erhält die sandinistische Regierung erhebliche finanzielle Schützenhilfe. Im April dieses Jahres, wenige Tage nach dem Gipfel des Plan Puebla Panamá, zu dem die mexikanische Regierung eingeladen hatte, dem Ortega aber ferngeblieben war, erklärte der Direktor von ‚Petróleos de Nicaragua‘, Francisco López, dass Hugo Chávez im Juni Nicaragua besuchen werde, um den Grundstein für eine gemeinsame Raffinerie zu legen. Diese soll ‚Simón Bolívar und Augusto César Sandino‘ heißen und 150.000 Tonnen Rohöl täglich verarbeiten können. Standort wird der Regierungsbezirk León sein. Das Werk soll nicht nur Nicaragua sondern auch die restlichen Länder Zentralamerikas mit Brennstoff versorgen. Die Investitionen betragen 2,6 Mrd. USD.

Sehr unbestimmt bleibt schließlich auch die Position, die die sandinistische Regierung gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen einnimmt. Die Position Daniel Ortegas gegenüber dem IWF, keine drastischen makroökonomischen Veränderungen vorzunehmen, die die Stabilität des Landes gefährden könnten, und die verzögerte Unterzeichnung eines neuen Abkommens haben Spekulationen über seine Motivation aufkommen lassen: Verteidigung der Unabhängigkeit im Sinne einer Politik zugunsten der Interessen der nicaraguanischen Bevölkerung oder einfach Unfähigkeit zu verhandeln? Mitte Mai schließlich haben der IWF und die sandinistische Regierung ein neues Dreijahresabkommen ausgehandelt, dass die Finanzorganisation als „einen grundlegenden Vorschlag mit großer Reichweite“ bezeichnet, „dessen Hauptziel es ist, die Armut definitiv zu reduzieren und die Millenniumsziele zu erreichen.“

Die falsche Alternative

In Anbetracht der veränderten politischen Situation in Nicaragua wird die Heinrich-Böll-Stiftung ihre Arbeit vor Ort neu orientieren. Dazu steht zunächst die politische Analyse der neuen Regierung und ihrer politischen Planung und Strategie auf der Tagesordnung.

²⁴ NZZ vom 20.6.2007

²² El Nüvo Diario, 6.>Mai 2007

²³ In den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit hat Daniel Ortega drei Ministerinnen entlassen: Margine Gutierrez, Direktorin des Nicaraguanischen Kulturinstituts, die kritisiert hatte, dass Ortega Hugo Chavez zwei Originalmanuskripte des Nationaldichters Rubén Darío geschenkt hatte; Glenda Ramírez, Familienministerin, und die Ministerin für Umwelt und Rohstoffe, Amanda Lorío Arana.

Schon jetzt ist offensichtlich, dass die heutige sandinistische Regierung kaum mit der Regierung zu vergleichen ist, die vor 16 Jahren abgewählt worden war. Ortega spricht davon, „direkte Demokratie“ einzuführen. Dabei handelt es sich allerdings eher um einen Euphemismus. Als Konstante lassen sich in den Reden und der praktischen Politik der Regierung Autoritarismus im politischen und Populismus im ökonomischen Bereich ausmachen. Die Kritik vieler städtischer Intellektueller und NGO an der neuen Regierung ist eindeutig. Silvio Prado, politischer Partner der Stiftung, bemerkt dazu: „Die Bürgerschaft (ciudadanía) ist ein rechtsbasiertes politisches und ein juristisches Konzept. Dabei geht es nicht nur um soziale und ökonomische Rechte, sondern auch um politische und bürgerliche Rechte. Werden sie (die sandinistische Regierung, d. Red.) den Leuten mehr Entwicklung und weniger Demokratie geben? Wir wollen mehr Entwicklung und mehr Demokratie. Glauben sie (die sandinistische Regierung, d. Red.), dass für die Armen Demokratie keine Rolle spielt, dass Demokratie nur etwas für die Intellektuellen Managuas ist?“²⁵

Das neue Regierungskonzept ist deshalb so problematisch, weil es Entwicklung und Demokratie als Alternativen darstellt. So legt die aktuelle Regierung zwar einen Schwerpunkt auf die sozialen Rechte, insbesondere Gesundheitsversorgung und Bildung, und hat möglicherweise ein ernsthaftes Interesse daran, Programme aufzulegen, die den Hunger in den vernachlässigten ländlichen Regionen Nicaraguas bekämpfen sollen. Aber gleichzeitig werden die zivilen und politischen Rechte eingeschränkt. Die Stiftung wird gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern die Politik der sandinistischen Regierung kritisch begleiten und an ihren Wahlversprechen messen. Außerdem wird die Stiftung (weiterhin) Debattenräume und kulturelle Freiräume unterstützen, wie z.B. die Zeitschrift „Envío“, die eine Analyse der Entwicklungen ermöglichen.

²⁵ Silvio Prado „Se va a ponder a prueba de qué está hecha nuestra sociedad civil“, Revista Envío, Número 298. Enero 2007

4. Zentralamerika: Biotreibstoffe

Die Diskussion um Biotreibstoffe hat sich in der Region in den letzten Monaten enorm an Bedeutung gewonnen. Das wachsende Interesse der USA an Biotreibstoffen eröffnet den zentralamerikanischen Ländern neue Exportchancen auf den us-amerikanischen Markt. Im Rahmen des Freihandelsvertrags CAFTA werden entsprechende Zollvorteile geboten, die insbesondere für Ethanol (ein Unterprodukt aus Zuckerrohr) gelten. El Salvador konnte sich entsprechende Marktzugangsmöglichkeiten in Höhe von 6.6 Mio Gallonen im ersten Jahr mit Steigerung auf bis zu 25 Mio. Gallonen in 15 Jahren sichern. Danach ist eine jährliche Erhöhung von mindestens 1.3 Mio. Gallonen auf unbestimmte Zeit möglich. Costa Rica konnte sich einen Marktzugang von 31 Mio. Gallonen jährlich sichern, während Guatemala, Nicaragua und Honduras berechtigt sind, jeweils die Restquote auszunutzen.



<http://www.flickr.com/photos/90521683@N00/237225848>

Die Pumpen stehen still: Erdölquellen versiegen

Damit eröffnet sich für die zentralamerikanischen Länder ein neuer Produktions- und Exportbereich für ihre Volkswirtschaften mit großem Wachstumspotential. Die USA und Brasilien unterzeichneten am 9.3.2007 ein ‚Memorandum zur fortschreitende Kooperation bei Biotreibstoffen‘ mit dem Ziel, die Entwicklung von Biotreibstoffen zu fördern und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. El Salvador, Haiti, die Dominikanische Republik, St. Kitts und Nevis wurden als Pilotländer ausgewählt, die Produktion von Ethanol in der Region zu entwickeln. Auch die übrigen zentralamerikanischen Länder haben Interesse geäußert, den Zuckerrohranbau zu steigern und die Ethanolproduktion auszubauen.

Viele zivilgesellschaftliche Gruppen betrachten diese Entwicklungen mit großer Skepsis. Für die Alianza Social Continental (ASC), ein kontinentales Netzwerk von Bürgerorganisationen und sozialen Bewegungen, das sich unter anderem gegen Freihandelsabkommen einsetzt, stellt die Produktion von Biokraftstoffen wie Ethanol eine Bedrohung der Nahrungsmittelsicherheit dar. ASC geht davon aus, dass die Landwirtschaft vor allem auf die wachsende Nachfrage nach Biobrennstoffen reagieren

wird und dabei die Nahrungsmittelproduktion vernachlässigt, eine Gefahr, die durch das Abkommen mit den USA in Zentralamerika noch zunimmt, denn das Freihandelsabkommen CAFTA hat die zentralamerikanische Landwirtschaft bereits stark geschwächt. 26

In Nicaragua befindet sich die Diskussion um Biotreibstoffe noch in den Anfängen. „Wenn man die Vielzahl von Initiativen für die Produktion von Biotreibstoffen und die nationalen Politiken in ganz Lateinamerika beobachtet, steckt Nicaragua noch in den Windeln. (Das Land) erweckt den Eindruck, dass es keine Eile hat, und zwar vor allem, weil ein normativer Rahmen fehlt.“ sagt Gerado Escuerdo, Vertreter des Interamerikanischen Kooperationsinstituts für die Landwirtschaft (IICA). Im Jahr 2006 hat das IICA mit VertreterInnen aus den Bereichen Landwirtschaft und industrieller Energieproduktion, mit Investoren und Regierungsvertretern einen Gesetzesvorschlag erarbeitet. Damit sollten Anreize für die Produktion von Biobrennstoffen geschaffen werden, im Wesentlichen durch den Anbau der afrikanischen Palme auf entwaldeten Flächen des Landes. Obwohl der Vorschlag vom Ausschuss der Nationalversammlung sehr positiv aufgenommen wurde, ist er in den Schubladen verschwunden, da er offensichtlich nicht den Prioritäten der Regierung entspricht. Nicaragua setzt vor allem auf behandeltes schadstoffreduziertes Benzin, das ggf. auch mit Ethanol oder Biodiesel versetzt ist, ohne Erdöl vollständig zu ersetzen.

Für die Biotreibstoffindustrie bietet Nicaragua sehr gute Ausgangsbedingungen. Das Land hat wegen der großen landwirtschaftlichen Flächen, der billigen Arbeitskräfte und der geografischen Lage (zwei lange Küstenlinien) ein enormes Potential. Entsprechend haben in den letzten Wochen und Monaten sehr viele Vertreter ausländischer Unternehmen aus Spanien, Taiwan, Korea, Honduras, Mexiko das Land besucht. Sie sind daran interessiert, in die Produktion von Biotreibstoffen zu investieren, und zwar im Wesentlichen in die Ethanolproduktion auf der Basis von Zuckerrohr und in die Herstellung von Biodiesel durch die afrikanische Ölpalme.

Allerdings werden die lokalen und ausländischen Investoren durch die widersprüchlichen Signale der Regierung verunsichert. Ortega, der seine Präferenz für die Ölpalme immer deutlich gemacht hat, hat die Herstellung von Ethanol aus Zucker und Mais als monokulturelle Bedrohung beschworen. Er nannte sie die „Baumwolle des 21. Jahrhunderts“ und bezieht sich dabei auf das ökologische Desaster, das in den 60er und 70er Jahren durch den Baumwollanbau im Westen Nicaraguas verursacht wurde. Diese kritische Position teilt er mit seinen Amtskollegen Hugo Chavez und Fidel Castro. Diese wettern gegen die Her-

26 Diese Positionen waren auf einem Treffen im April 2007 in San Salvador diskutiert worden, an dem VertreterInnen des Centro de Investigación sobre Inversión y Comercio (CEICOM) teilgenommen hatten, vom Red Ciudadana Sinti Techan aus El Salvador, vom Centro de Estudios Internacionales aus Nicaragua, vom Encuentro Popular aus Costa Rica u.a.

stellung von Biotreibstoffen im großen Ausmaß mit dem Argument, dass „die Erde bearbeitet werden muss, um den Hunger der Menschen zu bekämpfen, und nicht um die Autos zu ernähren“.

Vor kurzem hat Ortega allerdings eine 180 Grad Wende vollzogen und ein Kooperationsabkommen mit Brasilien abgeschlossen. Ziel des Abkommens ist es, brasilianisches Know-how in der Ethanolproduktion aus Zuckerrohr zu übertragen. Das Abkommen unterstreicht nicht nur die Widersprüchlichkeit in der nicaraguanischen Politik, sondern auch die mangelnde Kenntnis des Themas.²⁷

6. Ausblick

Die letzten Präsidentschaftswahlen in Mexiko waren weder im Wahlkampf noch bei der Stimmauszählung ein demokratisches Meisterstück. Der politische Flurschaden ist immens, und es bleibt abzuwarten, welche Anstrengungen die politische Elite unternimmt, diesen zu beheben. In und zwischen den Parteien laufen zur Zeit Gespräche über eine Reform der Wahlgesetzgebung mit offenem Ausgang.

Auch die jüngsten Bestrebungen des obersten Gerichtshofes, sich als dritte Kraft im Lande zu profilieren, verdienen genauere Beobachtung. Gehörte der Gerichtshof lange Zeit zum korporativistischen Projekt der PRI und segnete eher die staatliche Politik ab, hat er in den letzten Wochen seine Rolle als Richter zwischen Staat und Zivilgesellschaft aufgenommen. So wurden z.B. Untersuchungen zum Fall der Journalistin Lydia Cacho (siehe hbs-JB 2005/2006) sowie zum gewaltsamen Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte gegen die Proteste in Oaxaca aufgenommen. Zwar ist davon auszugehen, dass auch in diesen Fällen keine unabhängige Entscheidung fallen wird, sondern ein weiteres Mal von staatlichen Stellen begangene Menschenrechtsverletzungen gedeckt werden. Allein die Tatsache, dass der Gerichtshof hier „ohne Not“ aktiv wurde und die Verfahren aufgenommen hat, gibt jedoch einigen Beobachtern Anlass zur Hoffnung, dass das korporative System Risse bekommen hat.

In El Salvador bleibt die große Frage, wann es gelingt, die politische Polarisierung im Land zu beenden und damit die Voraussetzung für notwendige ökonomische, soziale und politische Reformen zu schaffen. Dabei spielt die Bündnisfähigkeit des linken und gemäßigten Lagers ebenso eine Rolle wie die künftige Politik der Regierung Saca. Beobachter gehen davon aus, dass die Regierung kurz vor den Wahlen große Anstrengungen unternommen wird, die Gewalt im Land durch massiven Einsatz von Sicherheitskräften spürbar zu senken und damit zumindest eines ihrer Wahlversprechen einzulösen. Das könnte ihre Chancen auf eine Wiederwahl deutlich erhöhen. Solange jedoch die Ursachen für die hohe Kriminalität (Drogengeschäfte, Korrupti-

27 Revista Confidencial Nicaragua 27 Mai bis 2 Juni 2007

on, Armut und Perspektivlosigkeit) nicht beseitigt werden, wird eine solche Politik nur kurzfristige Folgen zeichnen.

In Nicaragua wird Daniel Ortega beweisen müssen, ob seine Politik, zugunsten sozialer Fortschritte auf klassische bürgerliche Freiheiten zu verzichten, von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird – Freiheit und sozialer Ausgleich sind grundlegende Bestandteile der Demokratie und keine Alternativen. Viele seiner Wählerinnen und Wähler werden sehr genau beobachten, ob er seine Ankündigungen und Versprechen einlöst, die soziale Situation im Land zu verbessern. In den ersten Monaten seiner Amtszeit hat seine Beliebtheit bereits deutlich abgenommen. Ob ihm sein politisches Projekt der „direkten Demokratie“ gelingt, hängt nicht nur vom politischen Willen und der Professionalität seiner Regierung ab, sondern auch von seinem Geschick, sich die notwendigen Ressourcen zu sichern und den Spagat zwischen „Bush und Chavez“ zu meistern.

Glossar

ALBA	Bolivarianische Alternative für Amerika
ALN	Liberale Allianz Nicaraguas
AMLO	Andrés Manuel López Obrador
APPO	Volksversammlung der Völker Oaxacas
ARENA	Republikanische Nationalistische Parteienallianz
ASL	Soziale Kontinentalallianz
CAFTA	Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CEMDA	Mexikanisches Zentrum für Umweltrechte
CIMAC	Informationszentrum für die Frau
CND	Nationale Demokratische Konvention
CENIDH	Nicaraguanisches Zentrum für Menschenrechte
(Partido)Convergencia	(Partei der) Konvergenz
Contraloría Ciudadana	Bürgerkontrolle
FAP	Breites Fortschrittliches Bündnis
FDR	Demokratische Erneuerungsfront
FLACSO	Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften
FMLN	Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí
FSLN	Sandinistische Nationale Befreiungsfront
FUSAI	Salvadorianische Stiftung für integrierte Unterstützung
GEA-ISA	Teilhabergruppe Wirtschaftswissenschaftler - Institut für Angewandte Sozialforschung
IFE	Bundeswahlinstitut
IICA	Interamerikanisches Kooperationsinstitut für die Landwirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfonds
MRS	Sandinistische Erneuerungsbewegung
PAN	Partei der Nationalen Aktion
PANAL	Partei Neue Allianz
PAS	Partei Alternative Sozialdemokratie
PLC	Liberale Verfassungspartei
PRD	Partei der Demokratischen Revolution
PRI	Partei der Institutionalisierten Revolution
PT	Partei der Arbeit
PVEM	Grüne Partei Mexikos
Remesas	Rücküberweisungen der Migranten
UCA	Zentralamerikanische Universität
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
WHO	Weltgesundheitsorganisation